

# Hapag-Lloyd widerspricht Plan der Einigungsstelle

Betriebsrat kritisiert „erneute Verunglimpfung der Kollegen“

as. Die Unruhe in der Bremer Zentrale von Hapag-Lloyd findet kein Ende: Vergangene Woche — kurz vor Ablauf der gesetzlichen Frist — hat der Vorstand des Unternehmens Widerspruch gegen den von der Einigungsstelle ausgehandelten Sozialplan eingelegt, der durch die Verlegung von rund 120 Arbeitsplätze nach Hamburg notwendig geworden war (WESER-KURIER vom 22. September 1982: „Neuer Sozialplan für Mitarbeiter von Hapag-Lloyd“). „Damit sind die Mitarbeiter wieder verunsichert“, klagte gestern der Vorsitzende des Betriebsrates, Willi Nadermann, vor der Presse.

Die Arbeitnehmervertreter sind „ein bißchen verwundert“, daß der Vorstand die öffentliche Meinung über das Unternehmen mit diesem Verfahren negativ beeinflusse, während dem Betriebsrat in der Vergangenheit vorgeworfen worden sei, die Firma in die Negativ-Schlagzeilen gebracht zu haben.

Der Vorstand begründete seinen Widerspruch gegen den Sozialplan in einem Mitarbeiterbrief. Zum einen habe sich „die wirtschaftliche Lage unseres Unternehmens inzwischen drastisch verschlechtert“ und zum anderen würden die Mitarbeiter ungleich behandelt. Wer nämlich auf Grund des „Kostensenkungsprogramms“ ausscheide, erhalte weniger Leistungen als derjenige, der wegen des Umzuges seiner Abteilung nach Hamburg kündige.

Die Hapag-Chefetage bewertet das Ergebnis der Verhandlungen vor der Einigungsstelle als „eine Überschreitung des Ermessensspielraumes“. Während die Unternehmensspitze aus dem Widerspruch ableitet, die Rechtsfragen (Ansprüche an Hapag-Lloyd) blieben damit vorerst ungeklärt, meinte der Betriebsrat gestern: „Die Gültigkeit des neuen Sozialplanes bleibt bis zu einer gerichtlichen Klärung bestehen.“

Zur Erinnerung: Der Vorstand mußte für die von der Verlagerung nach Hamburg betroffe-

nen Mitarbeiter einen gesonderten Sozialplan aufstellen, nachdem das Arbeitsgericht es abgelehnt hatte, diese Frauen und Männer auf Grundlage des ersten Sozialplanes (für Betroffene von Rationalisierungsmaßnahmen) abzufinden. Die Einigungsstelle (vier Arbeitgeber, vier Arbeitnehmer und ein Neutraler mit Doppelstimme) hatte darauf mit ausschlaggebendem Votum des Vorsitzenden, Arbeitsrechtler Professor Dr. Wolfgang Däubler, die Leistungen für die vom Umzug nach Hamburg Betroffenen deutlich erhöht. Hapag-Lloyd müßte bei der Umsetzung mit Kosten in Höhe von bis zu vier Millionen Mark rechnen. Dies ist dem Vorstand offenbar zu teuer. Das Arbeitsgericht muß nun klären, ob die Einigungsstelle ihren Ermessensspielraum überschritten hat.

Der Betriebsrat der Zentrale Bremen richtete gestern als erste Reaktion auf „die erneute Verunsicherung der Kollegen“ eine „Sprechstunde“ ein.